Foto: Matthias Rietschel / REUTERS

Erfolg der extremen Rechten

Warum stoppt keiner die AfD?

Die AfD steht in Umfragen bei 18 Prozent – und die anderen Parteien haben keine Strategie dagegen. In Ostdeutschland droht ein politischer Erdrutsch.

Von **Maik Baumgärtner**, **Sophie Garbe**, **Florian Gathmann**, **Matthias Gebauer**, **Johannes Grunert**, **Timo Lehmann**, **Ann-Katrin Müller**, **Serafin Reiber**, **Sophia Rockenmaier**, **Hannes Schrader**, **Christoph Schult**, **Christian Teevs** und **Steffen Winter**

09.06.2023, 13.00 Uhr • aus **DER SPIEGEL 24/2023**

Artikel zum Hören • 18 Min

Anhören

Am Samstag vergangener Woche verschickte Friedrich Merz die 152. Ausgabe seines Newsletters, der sogenannten #MerzMail – und die hatte es in sich. Merz wetterte darin gegen die Regierung und ihr »Justemilieu«, die Grünen und ihre »penetrant vorgetragene Volkserziehungsattitüde«, das Gendern und eine »engstirnige

Meinungselite«. All dies habe zum Umfragehoch der AfD geführt, so der CDU-Chef.

Selbstkritik? Kam nur in homöopathischer Dosis vor.

Klar, man müsse auch selbst besser sein – aber dass die AfD so gut dastehe, liege vor allem an den anderen, an der politischen Kultur. Die müsse »wieder vom Kopf auf die Füße« gestellt werden.

Merz' Schreiben war ein großes Ablenkungsmanöver – von den eigenen Versäumnissen.

ANZEIGE

Aus: DER SPIEGEL 24/2023

Ein perfides System

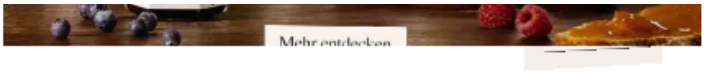
Die deutsche Band Rammstein ist weltweit erfolgreich. Ihre Auftritte provozieren, es geht oft um Sex und Gewalt. Jetzt wird öffentlich: Dem Frontsänger Till Lindemann sollen systematisch junge Fans zugeführt worden sein. Nicht alle Frauen wussten offenbar, worauf sie sich einließen.

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

Zur Ausgabe ›

Die AfD ist stark wie seit fünf Jahren nicht, liegt bei Infratest dimap gleichauf mit der Kanzlerpartei SPD bei 18 Prozent. Die Union als größte Oppositionskraft hingegen ist demoskopisch zwar derzeit mit 29 Prozent am stärksten, legt aber im Gegensatz zur AfD seit vergangenem Sommer kaum zu. Sie profitiert nicht von der Schwäche der Ampelregierung.

WERBUNG



Für Merz ist das ein Desaster. Bei seiner ersten Kandidatur für den Parteivorsitz im Herbst 2018 hatte er noch getönt, die CDU könne wieder an die 40 Prozent herankommen – indem sie die AfD halbiere. Das Ziel hatte Merz dann Ende 2021 aufgegeben, damals verlor die Rechtsaußenpartei an Zuspruch. Doch die Zeiten sind lange vorbei.

Eine Strategie, mit dem neuen Hoch der AfD umzugehen, hat die CDU offenbar nicht – ebenso wenig wie SPD, Grüne, FDP oder Linke. Jede Partei schiebt den jeweils anderen die Schuld am Wiederaufstieg der extrem Rechten zu. Es ist ein politisches Schwarzer-Peter-Spiel.

Das erinnert an den Sommer und Herbst 2018, als sich die Große Koalition laut und öffentlich zoffte, vor allem über Migrationspolitik – und die AfD ihre Umfragewerte innerhalb eines guten Jahres verdoppelte.

Doch die Lage ist jetzt noch gefährlicher.

Erstens, weil es aktuell nicht vorrangig um Protestwähler geht, die leichter zurückzugewinnen wären. Die Wählerbasis der AfD S+ hat sich verfestigt.

Zweitens haben die Krisen der vergangenen Jahre viele Bürgerinnen und Bürger müde gemacht, haben sie verunsichert. So etwas hilft klassischerweise populistischen und extrem rechten Parteien. Die Kurve der AfD steigt bereits seit dem Spätsommer an – damals ächzten die Bürger unter steigenden Preisen und fürchteten, im Winter frieren zu müssen. Zudem stiegen die Flüchtlingszahlen. Zuletzt kam noch das Heizungsgesetz obendrauf.

Drittens ist die Normalisierung der AfD in den vergangenen fünf Jahren weit vorangeschritten. Immer mehr Menschen können sich vorstellen, sie zu wählen, wie Umfragen zeigen – obwohl die Partei in großen Teilen rechtsextrem ist.

Wo führt das noch hin? Hat wirklich niemand einen Plan?

Die Getriebenen

In der Union sucht man jetzt nach einer Strategie – doch es gibt zwei Lager, die sich gegenüberstehen. Die einen wünschen sich mehr Frontalopposition gegen die Ampel. Sie kritisieren, dass die

Unionsfraktion bei 188 von der Ampel eingebrachten Gesetzentwürfen und sonstigen Anträgen in 108 Fällen zustimmte, wie eine interne Erhebung zeigt.

ANZEIGE

Die Anhänger dieser Denkschule hatten sich von Merz eine härtere Gangart erhofft. Sie sind überzeugt, dass Kulturkampf der richtige Weg wäre, fordern etwa härtere Regeln für Flüchtlinge, schimpfen übers Gendern, die Grünen und die Medien. Ihnen ist Merz inzwischen oft zu soft – obwohl er all das ja auch sagt, siehe seinen Newsletter, teilweise gar im AfD-Sprech.

Foto: Dominik Butzmann

> **»Die Grünen stoßen mit ihrer penetrant vorgetragenen Volkserziehungsattitüde auf besonders starken Widerstand.«**
>
> CDU-Chef Friedrich Merz

Die anderen fürchten, dass so eine Ausrichtung nur dem Original helfe, also der AfD. Man gebe ihr damit ja indirekt recht. Dieses Lager verweist unter anderem auf den Landtagswahlkampf in Bayern 2018, der beinah in einem Fiasko geendet wäre, weil CSU-Chef Markus Söder zunächst versuchte, die AfD zu kopieren. Mit einem Kurswechsel kurz vor der Wahl rettete Söder gerade noch sein politisches Überleben.

Man solle deswegen »keine einfachen, sondern die richtigen« Antworten geben, fordert der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke. »Den Menschen sind Debatten über Gendern oder

Straßennamen völlig wurscht – stattdessen brennen ihnen Themen wie Wohnungsnot oder Inflation auf den Nägeln.« In dem Punkt habe Merz mit seiner Mail recht. Bei diesen Themen solle »die Partei in ihrer ganzen Breite« Beiträge liefern, so Radtke. Es ist ein Appell an die gesamte CDU, der AfD etwas entgegenzusetzen und ihr nicht hinterherzuhecheln.

Welches Lager sich am Ende in der Union durchsetzt, ist unklar. Klar ist nur: Sie braucht dringend eine Strategie.

Die Trittbrettfahrer

In der AfD jubelt man über die Ratlosigkeit der anderen. Wenn Formulierungen oder Positionen der Partei übernommen werden, ergötzt man sich an dem »metapolitischen Erfolg«, wie es in AfD-Kreisen heißt. »Das geht alles auf unser Konto«, sagt einer aus der Spitze der Bundespartei. Dass die CDU sich nun auch noch öffentlich erschrecke, wie oft sie mit der Ampel gestimmt habe, sei »die dümmste Kommunikation seit Langem gewesen – und für uns die beste«.

Tatsächlich hat die AfD keine große Strategie, um eigene Themen zu setzen. Sie agiert wie ein klassischer Trittbrettfahrer.

Fragt man in der Partei Menschen, die sich laut Jobbeschreibung um Agenda-Setting kümmern sollten, schütteln sie den Kopf. »Das lohnt nicht. Wir warten, was so aufploppt an Themen, und sagen dann das Gegenteil von dem, was die Grünen sagen, fertig ist die Kampagne«, so beschreibt es einer. Es helfe außerdem, dass nun wieder mehr über Flüchtlinge gesprochen werde. Das sei immer noch das Thema, das der AfD am stärksten Menschen zutreibe.

Die AfD hat sich jahrelang als Anti-Parteien-Partei inszeniert, zum Teil als Anti-System-Partei. Auch davon profitiert sie jetzt, wo immer mehr Menschen das System infrage stellen.

»Viele Wähler sehen in der AfD mittlerweile mehr als die Möglichkeit, den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen«, sagt Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel. Man habe sich stark weiterentwickelt, sei nicht nur in der Migrationspolitik, sondern auch bei Energie- und Sozialpolitik attraktiv. Man sei jetzt eine »ernsthafte Alternative zum Einheitsbrei der etablierten Politik«, sagt Weidel – was auch immer man unter ernsthaft verstehen mag. Doch offensichtlich sehen das immer mehr Menschen tatsächlich so.

Die Ratlosen

Bei der SPD ist dieser Tage große Nervosität zu spüren. Die AfD in Umfragen gleichauf? Wie konnte es dazu kommen?

Generalsekretär Kevin Kühnert versucht sich an einer Erklärung: Er spricht von einer »gestressten Gesellschaft«, viele Bürger seien genervt und müde von den Dauerkrisen. Und die eigene Verantwortung? Kühnert gibt zu: »Die Ampelkoalition hat sich in den letzten zwei Monaten selbst ein Bein gestellt.«

Foto: Jan Richard Heinicke / DER SPIEGEL

> **»AfD wählen ist kein Akt der Notwehr, sondern immer auch eine bewusste Entscheidung.«**
>
> SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert

Kritik aus der Union, die Ampel sei für den AfD-Aufschwung quasi allein verantwortlich, weist der Sozialdemokrat allerdings zurück. »AfD wählen ist kein Akt der Notwehr, sondern immer auch eine bewusste Entscheidung.« Und es funktioniere nicht, die Höhe des AfD-Balkens zum Gradmesser für jede Reformpolitik zu machen. »Dann diktieren 18 Prozent der Wähler, wo es langgeht.«

Ein Teufelskreis, in den sich weder Ampel noch Union begeben sollten,

warnt Kühnert.

Deutlichere Kritik an CDU und CSU kommt von Verteidigungsminister Boris Pistorius. Es sei töricht, den Streit in der Bundesregierung zum Grund für das AfD-Hoch zu erklären, sagt er. »Ich glaube, da sollten sich eher die an die Nase fassen, die die Agenda und die Wortwahl und die Thematiken der AfD aufgreifen, und das teilweise in einer Art und Weise, die eben eher Menschen dazu veranlasst, sich dem Original zuzuwenden als einer Kopie.«

Foto: Stephie Braun

> **»Man kann hier täglich zusehen, wie die AfD stärker wird.«**
>
> Lilly Blaudszun, Jungsozialistin und Polit-Influencerin

Andere in der SPD äußern mehr Kritik an der Rolle der eigenen Partei – etwa die Jungsozialistin und Polit-Influencerin Lilly Blaudszun. »Ich habe das Gefühl, dass man hier täglich zusehen kann, wie die AfD stärker wird«, sagt Blaudszun, die in Frankfurt an der Oder Jura studiert. »Und das sind nicht irgendwelche Leute, die zur AfD überlaufen. Das sind Menschen aus dem eigenen Umfeld.«

Die 22-Jährige ist eines der wenigen jungen Gesichter der Ost-SPD. Sie ärgert sich über den Umgang mit dem AfD-Aufschwung. »Einfach zu sagen, diese Leute haben wir verloren, ist mir zuwider«, sagt Blaudszun. Schuldzuweisungen brächten nichts. »Stattdessen sollten sich lieber alle mal fragen, welchen Anteil sie selbst an der Situation haben.« Ihr fehle eine ernsthafte Auseinandersetzung der SPD mit Ostdeutschland. Und: »Die Lage ist zu ernst, um einfach weiterzumachen wie bisher.«

Die Expertin

Laut ARD-»Deutschlandtrend« sagen tatsächlich 67 Prozent derjenigen, die aktuell AfD wählen würden, dass sie dies aus Enttäuschung über andere Parteien erwögen, nicht aus Überzeugung. Das klingt, als ginge es vor allem um Protestwähler, die vergleichsweise leicht zurückgewonnen werden können. Doch die hohe Zahl ist unter Expertinnen und Experten umstritten.

»Es ist ein absoluter Fehlschluss zu glauben, dass das alles enttäuschte Bürger sind«, sagt die Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach von der Freien Universität Berlin. »Wir wissen, dass da in weiten Teilen verfestigte Einstellungsmuster existieren – etwa Migrationsfeindlichkeit und das Gutheißen populistischer, dezidiert rechter politischer Entscheidungen.« Aus Gründen der sozialen Erwünschtheit gäben jedoch viele Befragte nicht an, auch inhaltlich mit der AfD übereinzustimmen.

Es gebe außerdem zwei Arten von Protestwählern: Jene, die der Regierung wegen einzelner Entscheidungen situationsbezogen eine Art Denkzettel verpassen wollten – und diejenigen, die mit ihrer Stimme dauerhaft und grundsätzlich ein Zeichen »gegen die existierenden Parteien als solche« setzen wollten. Die erste Gruppe würde nicht zwingend zur AfD gehen, die zweite hingegen schon – und die sei dann nicht so einfach zurückzuholen.

Außerdem gebe es natürlich noch die gefestigten Stammwähler. Reuschenbach geht davon aus, dass dies bei der AfD inzwischen über zehn Prozent seien. »Das ist eine in sich sehr geschlossene Gruppe, die kaum erreichbar für andere politische Angebote ist.«

Die Politikwissenschaftlerin warnt davor, sich der AfD anzunähern, egal ob in der Programmatik oder der Sprache. »Am Ende gehen die Wählerstimmen auf das Konto des Originals«, das sehe man in der Forschung immer wieder. Abgrenzung sei das erfolgreichste Mittel.

Die Lieblingsfeinde

In den vergangenen Jahren hat genau das für die Grünen recht gut funktioniert, sie präsentierten sich als Gegenmodell zur Rechtsaußenpartei. Doch derzeit nutzt ihnen das nichts, das Umfragehoch der AfD trifft sie unvorbereitet – während sie mit sich

selbst beschäftigt sind.

Die Zustimmungswerte des grünen Vizekanzlers Robert Habeck sind gesunken, auch die Partei insgesamt musste Federn lassen, vor allem nach der Trauzeugenaffäre und dem Chaos beim Heizgesetz. Dazu kommen Attacken aus der eigenen Koalition und ständige Kritik von Union, Linken, AfD. Die Grünen sind für viele zum Angriffsziel Nummer eins geworden.

Eine Strategie für den Umgang damit haben sie nicht. Klar ist: Sie wollen die AfD weiter ausgrenzen. Doch in der Parteispitze blickt man mit Sorge auf die Landtags- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, wo die AfD besonders stark ist – und die Grünen seit jeher schwach sind. Die Partei plant deswegen einen Schwenk, sie will sich im Osten pragmatischer aufstellen, die soziale Frage ins Zentrum rücken, keine Milieupolitik machen.

Foto: Dominik Butzmann

> **»Die Mehrheit in Ostdeutschland will unsere Demokratie auch im Alltag verteidigen.«**
>
> Katrin Göring-Eckardt, Grüne und Bundestagsvizepräsidentin

Die Grüne Katrin Göring-Eckardt, die aus Thüringen kommt und Bundestagsvizepräsidentin ist, mahnt: »Die Mehrheit in Ostdeutschland will mitmachen und unsere Demokratie auch im Alltag verteidigen.« Man müsse aber verstehen, dass sich nach der friedlichen Revolution alle in Ostdeutschland neu orientieren mussten. Deswegen müsse man die Ostdeutschen bei Transformationen besonders mitnehmen.

Das gelte für alle Parteien, die in Bund und Ländern regierten. Sie

müssten gemeinsam nach Lösungen suchen – ohne die AfD.

Die Zerrissenen

Einer, der in Sachsen seinen Wahlkreis hat, ist Frank Müller-Rosentritt. Für den FDP-Bundestagsabgeordneten aus Chemnitz ist die Schuldfrage geklärt. »Viele Menschen haben derzeit das Gefühl, dass die Ideen der Grünen an der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vorbeigehen«, sagt er.

Gerade im Osten hätten Millionen Menschen »durch viel Verzicht die vom Sozialismus völlig heruntergewirtschaftete Gebäudesubstanz saniert und damit persönlich sehr viel für den Klimaschutz getan«. Sie sähen sich nun »durch die grünen Ideen ein zweites Mal um ihre Lebensleistung gebracht«. Niemand wisse, wie man die bevorstehende Sanierung zahlen solle.

Das Heizungsgesetz als Wende 2.0? Eine Nummer kleiner geht es offenbar nicht.

Foto: Andreas Pein/laif

> **»Liberale sollten gegen zunehmend paternalistisch auftretende Grüne kämpfen.«**
>
> Frank Müller-Rosentritt, FDP-Abgeordneter

Müller-Rosentritt gehört zu jenen in der FDP, die glauben, dass man einen Teil der AfD-Wähler zu seiner Partei zurückholen kann, wenn man sich maximal von den Grünen abgrenzt. Teile der FDP-Wählerschaft haben eine Affinität zur AfD, wie Untersuchungen des

Wählerpotenzials schon länger zeigen. Bei der Niedersachsenwahl im vergangenen Jahr etwa verlor die FDP am meisten Stimmen an die AfD – und viele an die Nichtwähler.

Müller-Rosentritt fordert, dass die Liberalen in der Ampel mehr »für eine Politik der individuellen Chancen und vor allem gegen zunehmend paternalistische und kollektivistisch auftretende Grüne« kämpfen sollten.

Also noch mehr Streit in der Regierung? Unter den FDP-Ministern sieht man das anders. Noch.

Die Gespaltenen

Wie umgehen mit der AfD? Die Frage zerreißt besonders die Linke. Die frühere Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht etwa sagt: »Ich halte es für absurd, alle Wähler der AfD als Rechte oder gar als Rassisten zu diffamieren.« Sie und ihre Mitstreiter meinen, sie könnten den extremen Rechten etwas entgegensetzen, indem sie sich in der Migrations-, Gesellschafts- oder Klimapolitik konservativer aufstellen. Die Führungsriege sieht das komplett anders und hält Wagenknechts Kurs für einen Irrweg.

Foto: Urban Zintel / DER SPIEGEL

»Ich halte es für absurd, alle Wähler der AfD als Rechte oder gar als Rassisten zu diffamieren.«

Sahra Wagenknecht, Linke

Der Richtungsstreit lähmt die Partei, seit der Bundestagswahl klebt die Linke in den Umfragen an der Fünfprozentmarke fest. Selbst in ihren alten Hochburgen im Osten schwächelt die Partei. Kein Wunder: Wer sie wählt, weiß nicht, welche Linke er am Ende bekommt.

Das dürfte erst enden, wenn Wagenknecht ihre Pläne wahr macht, bis zum Ende des Jahres aus der Linken austritt und dann womöglich ihre eigene Partei gründet. Laut Umfragen gäbe es ein relevantes Interesse der AfD-Wählerschaft an einem Angebot, das die soziale Frage mit deutlicher Polemik gegen Eliten und Großstädter garniert. Hauptgegner wären auch hier die Grünen.

Die AfD könnte schrumpfen, aber die Polarisierung in der Gesellschaft würde wohl noch einmal zunehmen.

Der Last-minute-Sieger

Während sich die Parteien gegenseitig beschuldigen, für den Aufstieg der extrem Rechten verantwortlich zu sein, freut sich die AfD. Bei den Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr wird in manchen Ostregionen eine blaue Welle erwartet.

So wie im brandenburgischen Kreis Oder-Spree, wo kürzlich beinah der erste AfD-Landrat gewählt worden wäre. Im ersten Wahlgang lag der Kandidat der AfD vorn, auf dem zweiten Platz landete der Sozialdemokrat Frank Steffen. »Ich hatte schon vor dem ersten Wahlgang ein ungutes Gefühl«, sagt er – an SPD-Ständen seien viele Leute wortlos vorbeigegangen. Ein Bürgergespräch eskalierte, als er nach seiner Position zum Krieg in der Ukraine gefragt wurde.

Doch er schaffte es in die Stichwahl. Um den AfD-Mann zu verhindern, riefen Grüne und Linke ihre Wählerschaft auf, nun Steffen zu wählen. CDU und Freie Wähler taten das nicht, erst am Tag vor der Stichwahl schlossen sich zwei CDU-Funktionäre den Appellen an. Steffen gewann – allerdings sehr knapp, mit 52,4 Prozent der Stimmen. Und das, obwohl der AfD-Kandidat vor Ort weitgehend unbekannt war und die AfD »sich zu kommunalen Themen so gut wie gar nicht geäußert« habe, sagt Steffen.

Die AfD erzielt vor allem da hohe Wahlergebnisse, »wo demokratische Parteien kaum mehr in den Kommunalparlamenten sitzen«. Das hat der Soziologe Johannes Kiess festgestellt, stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Vielerorts stünden nur wenige oder gar keine der

im Bundestag vertretenen Parteien mehr zur Wahl. Die Lücke werde oftmals von Wählervereinigungen und freien Listen gefüllt – oder eben von der AfD.

Das müsste sich ändern. Doch bis zu den Wahlen im nächsten Jahr wird das nicht mehr klappen.

Was also ließe sich noch tun?

Der Pragmatiker

Es war der letzte Tag im Mai, als André Neumann die Erkenntnis überkam, dass es so nicht weitergehen kann. Der Oberbürgermeister des thüringischen Altenburg twitterte: »Eine Regierungsmehrheit in Thüringen wird ab Herbst nächsten Jahres nur durch eine Koalition zwischen CDU und Die Linke herstellbar sein.«

CDU und Linke? Ernsthaft? Der Gegenwind kam fix, schließlich sitzt Neumann im Landesvorstand der CDU – und die Partei hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss, mit der Linken oder der AfD weder zu koalieren noch zusammenzuarbeiten. Prompt erinnerte ihn ein Parteifreund auf Twitter daran. Doch Neumann legte trocken nach: »Am Ende beschließen wir uns noch in die Bedeutungslosigkeit.«

Gilt der Beschluss weiter, sind in Thüringen keine Mehrheiten für die CDU in Sicht. Die Chancen auf eine Deutschland-Koalition mit SPD und FDP stehen schlecht. Wegen der massiven Stärke der rechtsextremen thüringischen AfD unter Björn Höcke droht nach der Landtagswahl eher eine weitere Hängepartie mit wechselnden Mehrheiten.

Mehr zum Thema

S+ **Normalisierung der Rechtsaußenpartei: Wie Union und FDP der AfD helfen**

S+ ***Hohe Umfragewerte: Die AfD hat Erfolg – weil die anderen keine Strategie haben***
Ein Kommentar von Ann-Katrin Müller

S+ ***Extreme Rechte: Der grün-rote Dünkel mästet die AfD***
Eine Kolumne von Nikolaus Blome

Neumann sagt, man spüre die Auswirkungen der aktuellen Minderheitsregierung aus Linken, SPD und Grünen schon jetzt. »Es kommen keine Beschlüsse zustande, das zahlt auf das Konto der Frustwähler ein.« Man müsse deshalb nun endlich über eine Öffnung nach links reden. Die Brandmauer zur AfD hingegen müsse zwingend bestehen bleiben.

Offene Unterstützung aus seiner Partei bekommt Neumann bisher nicht.

Wenn es so läuft, wie es sich die thüringische AfD erhofft, dann führt nach der Wahl in Thüringen ohnehin kein Weg mehr an ihr vorbei. Beim Parteitag Ende letzten Jahres skizzierte Höckes Co-Chef Stefan Möller, dass man im nächsten Landtag mindestens ein Drittel der Abgeordneten stellen wolle.

»Dann sind auch ganz andere Einflussnahmen und politische Gestaltungsmöglichkeiten machbar«, schwärmte er. Für wichtige Zweidrittelentscheidungen würden sie dann nämlich gebraucht.

Derzeit werden der AfD in Thüringen 28 Prozent prognostiziert. S

Diskutieren Sie mit ›

Feedback

Outbrain

ANZEIGE

Joyn - Parks & Recreation
Die Serie zum Meme gibt es hier kostenlos!

ANZEIGE

Hausfrage
Ab welchem Stromverbrauch lohnt sich Solar?

ANZEIGE

Wall Street Premier
Diese KI-Aktie wird die Lebensmittelbranche revolutionieren

Aktuell in diesem Ressort

Rechtspopulisten:
Originelle Theorien zum Aufstieg der AfD
Wer ist schuld am Rechtsruck in den Umfragen? Die einen schieben es auf die Union, für die anderen liegt es am Gendern. Wer's glaubt.

Im Alter von 81 Jahren

Verurteilter »Unabomber« Ted Kaczynski tot aufgefunden

Ted Kaczynski, besser bekannt als der »Unabomber«, wurde von Gefängnisbeamten tot in seiner Zelle entdeckt. Das berichten mehrere Medien unter Berufung auf die US-Bundespolizei FBI.

So gesehen

Enttäuschte Liebe

Die bittere Wahrheit über die Grünen.

Kurs gegenüber den Rechten

Daniel Günther sieht Union mitverantwortlich für AfD-Hoch

ANZEIGE

Joyn

Trash TV: “Forsthaus Rampensau”

ANZEIGE

Hausfrage

Ab welchem Stromverbrauch lohnt sich Solar?

Aktuelle Videos vom SPIEGEL

Erdoğans Wahlsieg

Türkei: Warum nach dem Wahlsieg von Recep Tayyip Erdogan ein Exodus der Eliten droht

Bereits vor der Wahl wollten drei von vier jungen Türken das Land verlassen. Nach Erdoğans erneutem Sieg dürfte sich dieser Trend verschärfen. Warum es vor allem Hochqualifizierte wegzieht.

Kölner Amtsgericht

Köln: Putin-Versteherin muss 900 Euro zahlen – und wehrt sich

Sie unterstützt offen den russischen Angriffskrieg, jetzt muss Elena Kolbasnikova zahlen. Das Urteil will sie nicht hinnehmen – und es bleibt die Frage, wie die Justiz mit Kremlfans in Deutschland umgehen will.

SPIEGEL Bestseller – Mehr Lesen mit Elke Heidenreich

Mehr Lesen mit Elke Heidenreich: »Es ist eine Spirale aus Trauma, Chaos und Dunkelheit«

Absturz, Elend, Gewalt – manche Familien sind rundum toxisch. Doch es gibt Autoren, die aus all dem Schmerz bewegende Literatur schaffen können. Elke Heidenreich kennt gleich zwei solcher Romane. Die Leseempfehlung im Video.

ANZEIGE

Joyn

„Influencer*in“ = echter Job? Ein Blick hinter die Kulissen.

ANZEIGE

Hausfrage

Dieser Rechner zeigt: Lohnt sich Photovoltaik auf meinem Dach?

Produkttests vom SPIEGEL

Stiftung Warentest

Das sind die besten Waschmaschinen

Im Test zeigt sich: Richtig gute Waschmaschinen sind teuer, ziemlich gute nicht. Zudem werden viele beim Sparen nicht richtig warm - und manche können im Notfall nicht das Wasser halten.

Kompaktkameras im Test

Besser fotografieren (als jedes Smartphone)

Mit großen Objektiven und Fotosensoren stemmen sich Kompaktkameras gegen die Übermacht der knipsenden Smartphones. Wir haben fünf Modelle getestet – mit erstaunlich guten Ergebnissen.

Elektrorasierer im Test

Der Bart muss ab

Bartträger müssen jetzt tapfer sein: Wir haben leistungsstarke Rasierapparate ausprobiert. Ob sie in der Lage sind, das Gesicht von einem Stoppelfeld in Pfirsichhaut zu verwandeln, verrät der Test.

Selbstbefriedigung

Männliche Primaten masturbieren nicht nur zum Spaß

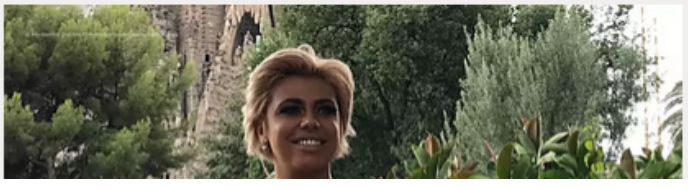
Selbstbefriedigung bei Primaten hat offenbar eine lange Evolutionsgeschichte. Für die Entwicklung männlicher Masturbation haben Forschende mehrere Hypothesen.

Rechtspopulisten

Originelle Theorien zum Aufstieg der AfD

Wer ist schuld am Rechtsruck in den Umfragen? Die einen schieben es auf die Union, für die anderen liegt es am Gendern. Wer’s glaubt.

ANZEIGE



ANZEIGE

Joyn

Tindern auf Reisen: Die große Liebe oder One Night Stand?

Financial Star News

Diese grüne Wasserstoff-Aktie wird explodieren!

Mehr vom manager magazin

Nächste Preisaktion

Tesla sucht immer verzweifelter nach Autokäufern

Nachdem Tesla die Preise seiner Autos zuletzt bereits mehrfach gesenkt hatte, legt die Marke nun eine „Innovationsprämie“ für Flottenfahrzeuge auf. Die Indizien, dass Tesla unter Überkapazitäten leidet,...

Kaufhausriese

Galeria Karstadt Kaufhof schließt drei Filialen weniger

Gute Nachrichten von der Sanierung des Warenhausriesen Galeria Karstadt Kaufhof: Drei der Filialen, die geschlossen werden sollten, haben Chancen auf ein Überleben.

Umstellung auf Agenturvertrieb

Mercedes startet mit viel Unruhe in den "Vertrieb der Zukunft"

Deutschland ist der erste große Markt, in dem Mercedes jetzt im Vertrieb das sogenannte Agenturmodell einführt. Der Handel verliert an Macht, Vorständin Britta Seeger und ihr Team übernehmen mehr Kontrolle. Doch der Start verläuf...

ANZEIGE

Joyn

INTIMATE. - die neue Serie zum Fremdschämen...

ANZEIGE

AQON Pure Entkalkungsanlage ohne Salz

Kalk im Wasser: Zwei Brüder revolutionieren Gebäudetechnik

Mehr vom SPIEGEL

Monumentalfilm

Unfall beim Dreh für »Gladiator 2« – mehrere Crew-Mitglieder im Krankenhaus

Im nächsten Jahr soll die Fortsetzung von »Gladiator« in die Kinos kommen. Bei einer Stuntszene, die in Marokko aufgenommen wurde, ging nun offenbar einiges schief - es gibt Verletzte.

Geplantes Zero-Emission-Küstenschiff

Hurtigruten setzt Segel

In sieben Jahren soll ein erstes Hurtigruten-Schiff vor der Küste Norwegens kreuzen, das keine Emissionen mehr ausstößt – es segelt und fährt elektrisch. Jetzt zeigt die Postschiff-Reederei erste Entwürfe.

So gesehen

Enttäuschte Liebe

Die bittere Wahrheit über die Grünen.

ANZEIGE

Hausfrage

Königstein im Taunus: Reicht die Sonneneinstrahlung für Photovoltaik?

ANZEIGE

Wall Street Premier

Diese KI-Aktie wird die Lebensmittelbranche revolutionieren

Mehr lesen über

Alternative für Deutschland (AfD) | Tino Chrupalla | CDU | FDP | Sachsen | SPD | Thüringen ›

Verwandte Artikel

- **Rache der Übergangenen: Wie die Medien die AfD groß machen**

ANZEIGE

Joyn

Die Wahrheit über Influencer*innen - was ist real?

ANZEIGE

Dell Technologies

Unglaublich leicht. Für alle, die viel unterwegs sind. Der neue XPS 13.

ANZEIGE

Kostenlose Online-Spiele ›

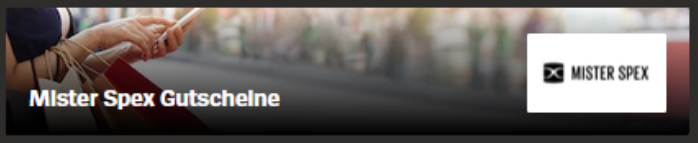
mehr Spiele

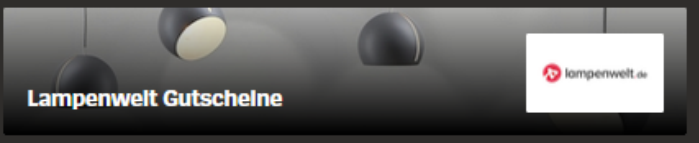
- Kreuzworträtsel
- Solitär
- Sudoku
- Mahjong
- Bubble-Shooter
- Jackpot
- Snake
- Exchange

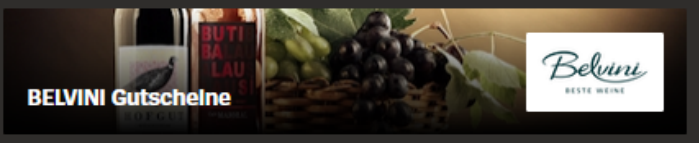
Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE







Top Gutscheine Alle Shops

Auto

Bußgeldrechner
Firmenwagenrechner

Job

Brutto-Netto-Rechner
Jobsuche
Kurzarbeitergeld-Rechner
Studienfächer erklärt

Finanzen

Gehaltsvergleich
Immobilienbewertung
Studium und Finanzen
Versicherungen
Währungsrechner

Freizeit

Bücher bestellen
Eurojackpot
Ferientermine

GlücksSpirale
Gutscheine
LOTTO 6aus49

Seniorenportal
Spiele
Das tägliche Quiz

Alle Magazine des SPIEGEL

DER SPIEGEL SPIEGEL WISSEN SPIEGEL GESCHICHTE SPIEGEL START SPIEGEL GELD SPIEGEL CO

SPIEGEL Gruppe

Abo Abo kündigen Shop manager magazin Harvard Business manager buchreport Werbung Jobs MANUFAKTUR SPIEGEL Akademie SPIEGEL Ed

Impressum Datenschutz Nutzungsbedingungen Teilnahmebedingungen Cookies & Tracking Newsletter Kontakt Hilfe
Text- & Nutzungsrechte

Facebook Twitter Wo Sie uns noch folgen können